

19. November 1971: Bericht des stellv. Vorsitzenden des KGB, S. K. Cvigun, an das ZK der KPdSU über Aussagen des Gesandten an der Botschaft der BRD in Moskau, C.-H. Lüders*

Streng geheim

Dem Komitee für Staatssicherheit wurden folgende Aussagen des Gesandten an der Botschaft der BRD in Moskau, Lüders, Mitglied der SPD, bekannt, die er im Kreise von Diplomaten der westeuropäischen Staaten tätigte:

„Der Einfluss der marxistischen Lehre beschränkt sich nicht nur auf die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten. Marx' Ideen waren in allen Staaten von entscheidender Bedeutung, wenn auch nicht in dem Sinne, wie es die Kommunisten verstehen. Die allgemeinen Thesen des Marxismus, sein Blick auf die Entwicklung der Sozialbeziehungen fanden eine weite Verbreitung.

Die deutschen Sozialdemokraten halten sich in der Theorie nicht an die marxistische Lehre und sind faktisch zu sozialen Demokraten geworden. Und das ist ein großer Unterschied. Die Sozialdemokraten treten nicht mehr für eine Sozialisierung der Industrie u. a. ein. Sie sind, wie es bei uns heißt, Befürworter einer ‚Beteiligung an einer gemeinsamen Lösung‘.

In der SPD gibt es einen linken Flügel, der sich offen als Marxisten bezeichnet. Ich bin überzeugt, dass es in der SPD in einigen Jahren zu einer Spaltung kommen wird. Die Anhänger des linken Flügels werden eine neue Partei gründen, die nach einer Allianz mit den Kommunisten und der Schaffung einer nationalen Front streben wird. Darin liegt eine Gefahr.“

Zu den von Vertretern der BRD und der DDR geführten Verhandlungen über Westberlin teilte Lüders mit: „Ich habe einen Bericht über die Verhandlungen zwischen Kohl und Bahr erhalten. Kohl ist etwas vernünftiger geworden. In einigen unbedeutenden Fragen machte er Zugeständnisse, in prinzipiellen war er jedoch wie gewohnt hart. Im Politbüro der SED gibt es eine kleine Gruppe von Personen, die Gegner von Honecker sind. Sie treten gegen eine sowjetische Einflussnahme bei den Verhandlungen zwischen der BRD und DDR auf. Unsererseits entsteht der Eindruck, dass die Russen aus eben diesem Grund keinen stärkeren Einfluss auf den Verhandlungsverlauf nehmen wollen, um nicht die Zahl der Honecker-Gegner größer werden zu lassen.“

Lüders sagte weiters: „Die von uns eingenommene Position begünstigte die Abhaltung der gesamteuropäischen Konferenz. Aber die Frage über deren Einberufung kann ohne Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und mit Polen nicht geklärt werden. Deshalb ist die Sowjetunion in erster Linie an der Ratifizierung dieser Verträge interessiert.“

Dem Komitee für Staatssicherheit wurde auch der Inhalt des Briefes von Lüders an den Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt, Sahm, bekannt, in dem er insbesondere auf Folgendes verwies: „Der Westen und der Osten sind an einer generellen Entspannung in Zentraleuropa interessiert. Das betrifft auch die Berlin-Frage. Zum ersten Mal beginne ich, an die Möglichkeit einer zufriedenstellenden Lösung dieses Problems zu glauben. Es kann sein, dass meine Meinung in dieser Frage nicht mit der Meinung von Botschafter Allardt übereinstimmt. Besonders beunruhigt mich die fehlende Einsicht unserer Kollegen, ganz zu schweigen von der Opposition. Brandt und Scheel finden bei der Mehrheit der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes der BRD einschließlich der Botschaft keine Unterstützung. Angesichts ihrer Verdienste in der Außenpolitik, die vom ganzen Westen anerkannt wurden, ärgert mich das. Leider habe ich den Eindruck gewonnen, dass viele Botschaftsmitarbeiter und dabei vor allem die jüngsten im Interesse ihrer eigenen Karriere danach streben, die Gelegenheit nicht zu verpassen, sich rechtzeitig der neuen CDU-Bundesregierung anzuschließen, die ihren Erwartungen zufolge mit Sicherheit im Jahre 1973 an die Macht kommen wird. Aus meinem Gespräch mit Schröder habe ich den Eindruck gewonnen,

* RGANI, F. 5, op. 63, d. 623, S. 3–4. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 19. November 1971, Nr. 2932-C, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 39893, 22. November 1971, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs. 25-s/u.“ Stempel: „Wurde in der Abteilung des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR eingesehen, Abteilungsleiter Martynov, 10. Januar 1972.“

dass er der Meinung ist, dass die CDU im Falle der Bildung einer Regierung mit ihrer Beteiligung gezwungen sein wird, den Kurs von Brandt in der Frage der Beziehungen mit dem Westen und dem Osten fortzusetzen.“

Der stellv. Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR

Cvigun³

³ Hs. unterzeichnet.